

4.1.1. Rechenschaftsberichte des Geschäftsführenden Vorstandes

4.1.1.1. Vorsitzender

Der Berufsschullehrerverband wurde in den vergangenen drei Jahren zur anerkannten Größe auf politischer Ebene, in der Zusammenarbeit mit den anderen Lehrerverbänden und der Verbandsarbeit an den berufsbildenden Schulen. Die 2010 erfolgte Fusion dürfte damit auch nach außen vollzogen sein. Ein wesentlicher Grund dafür liegt aus meiner Sicht in der kontinuierlichen Arbeit aller Vorstandsmitglieder. War die letzte Legislaturperiode geprägt von kurzfristigen Rücktritten, haben die jetzigen Vorstandsmitglieder ihre ehrenamtliche Tätigkeit ernst genommen und sich aktiv für die Verbandsziele eingesetzt.

Die Erfolge die erzielt werden konnten mögen für viele Mitglieder nur kleine Schritte sein. In der gegenwärtigen politischen Situation ist es aber manchmal schon ein Erfolg überhaupt einen Schritt voran zu kommen. Die Gleichgültigkeit, mit der das SPD geführte Bildungsministerium der beruflichen Bildung gegenüberstand, hat sich bis zum Regierungswechsel im Dezember 2014 nicht geändert. Es war bezeichnend, dass durch den damaligen Staatssekretär als eine seiner letzten Amtshandlungen Beschlüsse zur Klassenbildung erlassen wurden, die nach Amtsantritt durch Frau Ministerin Dr. Klaubert wieder zurückgenommen wurden.

Der Start der neuen Mannschaft im Bildungsministerium war ganz hoffnungsvoll. Durch eine breite Diskussion sollte die Problematik Schulnetz der berufsbildenden Schulen endlich zu einer vernünftigen Lösung geführt werden. Die vernünftige Lösung wurde nicht gefunden. Ich habe dazu in der Verbandszeitschrift mehrfach berichtet.

Mit der neuen politischen Führung des Bildungsministeriums ist die Bereitschaft zum Dialog wieder vorhanden. Die Schwerpunkte der Bildungspolitik liegen aber in anderen Bereichen des Schulsystems. Die berufsbildenden Schulen spielen dabei nur eine sehr untergeordnete Rolle. So konnte unsere Initiative, die Schulpflicht wieder auf die berufsbildenden Schulen auszudehnen, inhaltlich bisher noch nicht besprochen werden, da man seit fast einem Jahr im Ministerium um eine Positionierung ringt.

Als Erfolg unserer Verbandsarbeit würde ich eine erste Veränderung in der Regelung der seit Ende 1999 bestehenden „Jahresarbeitszeit“ an den beruflichen Schulen sehen. Nach jahrelangen Bemühungen ist es gelungen den Punkt in der Verwaltungsvorschrift für die Organisation des Schuljahres 2016/2017 erstmals inhaltlich zu verändern.

Weniger Erfolg hatten wir in Bezug auf Regelungen für die Nachqualifizierung der Seiteneinsteiger. Seit 2012 sind die Verwaltungsvorschriften für die Bereiche Theorie und Fachpraxis ausgelaufen. Eine neue Verwaltungsvorschrift die beide Bereiche zusammenfasst ist angeblich seit Jahren zur rechtlichen Prüfung im Justizministerium. Festzustellen bleibt, die Nachqualifizierung von Seiteneinsteigern und Fachpraxislehrern ist in Thüringen nicht geregelt.

Auch eine weitere langjährige Forderung, die Aufwertung des Abteilungsleiters zur Funktionsstelle, konnte nicht umgesetzt werden. Es gab Anfang dieses Jahres dazu Überlegungen im Bildungsministerium, die inzwischen aber schon wieder aufgegeben wurden.

Warum gelingt es nicht diese Forderungen, die in anderen Bundesländern seit Jahren erfüllt sind, in Thüringen umzusetzen? Eine Frage die nicht in den Rechenschaftsbericht gehört, aber vielleicht an anderer Stelle diskutiert werden sollte.

Die Zusammenarbeit mit Vertretern der politischen Parteien ist gut. Als Ansprechpartner für Themen der beruflichen Bildung bzw. der Lehrer an den berufsbildenden Schulen wird der Kontakt zu uns gesucht. Die Schwerpunkte in bildungspolitischen Fragen der im Landtag vertretenen Parteien liegen meist nicht in unserem Themenbereich. Bei konkreten Themen ist es auch schwierig die drei in der Regierungskoalition vertretenen Parteien zu einer Positionierung zu bringen. Die Zusammenarbeit mit Vertretern der CDU ist unverändert gut. Nach Beschluss im tbb gibt es mit der AfD keine Kontakte.

Bei den Personalratswahlen im Jahr 2014 konnten wir erneut ein gutes Ergebnis erreichen. Mit zwei Vertretern im Hauptpersonalrat haben wir unsere Möglichkeiten sicher ausgeschöpft. Zusammen mit den drei Vertretern des Philologenverbandes, der mit Frau Schimke auch die Gruppenvorsitzende stellt, können wir die Entscheidungen und die Meinungsbildung in der Gruppe wesentlich beeinflussen. Hier gelingt es gegenwärtig am besten für die spezifischen Interessen unserer Mitglieder einzutreten.

Auf Schulamtschulebene sind wir in vier Bezirkspersonalräten vertreten. Die Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen diesen Vertretern und dem Regionalverbandsvorstand muss vor Ort gestaltet werden. Leider ist es im Schulamtsbereich Mitte nicht gelungen einen Kandidaten für die Wahl aufzustellen.

Als Verband setzen wir uns immer für die Belange unserer Mitglieder ein. Dort wo es beispielsweise dienstrechtliche Regelungen gibt, können wir uns aber nur im Rahmen dieser Regelungen für das einzelne Mitglied einsetzen. Deshalb habe ich immer einen Schwerpunkt meiner Arbeit darin gesehen, über derartige bereits vorhandene Regelungen zu informieren. Leider ist die Bereitschaft unserer Mitglieder sich mit derartigen Fragen zu beschäftigen nicht sehr ausgeprägt. Es wird oftmals über einen längeren Zeitraum alles hingenommen bis die Unzufriedenheit so groß ist, dass es nicht mehr weiter geht. Die dann vorhandene Erwartung, der Verband kann das Problem schnell und genauso lösen wie der Betroffene sich das vorstellt, ist nicht zu erfüllen.

Für unsere Mitglieder ist die Geschäftsstelle eine selbstverständliche Sache. Welcher organisatorische Aufwand nötig ist um alles am Laufen zu halten können sich manche sicher nur schwer vorstellen. Frau Knabe-Schönemann stand uns seit Mitte letzten Jahres nicht mehr zur Verfügung. Wir haben mit Frau Schmidt einen kurzfristigen Ersatz gefunden und mit Frau Machleidt wieder eine kompetente Besetzung gefunden. In diesem Zusammenhang muss ich an die fehlende Besetzung eines Geschäftsführers bei den Wahlen 2013 erinnern. Diese Lösung führt zu zusätzlichen Belastungen der anderen Vorstandsmitglieder und ist keine Option.

Stand der Erfüllung der Anträge der Vertreterversammlung 2013

Die Vertreterversammlung 2013 hatte eine veränderte Satzung beschlossen. Diese wurde am Amtsgericht Jena eingereicht und am 11. Juli 2013 im Vereinsregister eingetragen.

Die Veränderungen in der personellen Besetzung des Vorstandes wurden ebenfalls am 11. Juli 2013 vom Amtsgericht Jena registriert.

Antrag Nr. 10.2.1. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist eine vernünftige und

fundierte Lehrerausbildung nicht realisierbar. Um die Betreuung der LAA zu garantieren und in der notwendigen Qualität auszubilden schlagen wir vor:

- Im ersten Jahr der Ausbildung: keine Anrechnung der LAA-Stunden auf das Stundenbudget der Schule, der LAA übernimmt schrittweise und in Verantwortung der fachbegleitenden Lehrer den Unterricht.
- Im zweiten Jahr der Ausbildung: Anrechnung von max. 6 Stunden

Der Antrag konnte nicht umgesetzt werden.

Antrag Nr. 10.2.2. Der BLV wirkt darauf hin, dass die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Lehrer um maximal 1/5 der durchschnittlichen Pflichtstundenzahl erhöht werden darf.

Der Antrag konnte nicht umgesetzt werden. Trotz der Veränderungen im der VV zur Organisation des Schuljahres 2016/2017 liegt die Abweichung von der wöchentlichen Pflichtstundenzahl unverändert bei 1/3.

Antrag Nr. 10.2.3. Der BLV wirkt auf das Angebot von berufsbegleitenden Zusatzqualifikationen hin.

Der Antrag konnte so nicht umgesetzt werden. Gründe dafür sind auch in der gegenwärtigen Bewerbersituation für die berufsbildenden Schulen zu sehen. Durch das Bildungsministerium wird deshalb keine Notwendigkeit gesehen derart kostenintensive Maßnahmen zu ergreifen.

Im Jahr 2015 gab es dazu zwei Gespräche mit Herrn Sandro Witt vom DGB Hessen-Thüringen. Bei grundsätzlicher Aufgeschlossenheit für die Angelegenheit sollte durch den DGB die zuständige Gewerkschaft GEW einbezogen werden. Nach Kontakten zu Herrn Gebhardt und Herrn Weiß, den von Herrn Witt benannten Vertretern, gab es keine konkrete Rückmeldung. Nachfragen ein halbes Jahr später zeigten, dass beide Vertreter keine konkrete Aussage zur Position der GEW darstellen konnten.

Auch über Kontakte des tbb war es nicht möglich die Angelegenheit weiter voran zu bringen.

Antrag Nr. 10.2.4. Der BLV wirkt auf das Angebot zur Übernahme in das Beamtenverhältnis für alle geeigneten Bewerber hin.

Der Antrag konnte so nicht umgesetzt werden. In Gesprächen mit Frau Ministern Dr. Klaubert wurde diese Forderung wiederholt vorgetragen. Die bisherige Begründung, wegen der großen Zahl der Bewerber sei dieses „Zusatzangebot“ nicht notwendig, wird immer noch aufrecht erhalten. Am 30.05.2016 wurde bei einer Beratung der Lehrerver-

bände im tbb ein weiterer Versuch besprochen in dieser Angelegenheit etwas zu erreichen.

Schlussbemerkungen

Wie bei der letzten Vertreterversammlung 2013 angekündigt, beende ich meine Mitarbeit im Vorstand mit dieser Legislaturperiode. Die 15 Jahre als Vorsitzender und die davor liegenden 11 Jahre als Geschäftsführer sind eine Zeitspanne die für ehrenamtlich arbeitende Gremien mehr als genug sind. Ich möchte mich bei allen die mich in dieser Zeit unterstützt haben bedanken. Meinen aktuellen Vorstandsmitgliedern möchte ich für die gute und konstruktive Arbeit im Vorstand danken.

Ein besonderes Dankeschön an unseren Webmaster Matthias Wiegleb. Die BLV-Homepage ist sein Verdienst.

Meine Anerkennung und herzlichen Dank an Frau Machleidt, die in kurzer Zeit die Aufgaben in der Geschäftsstelle übernommen und mit eignen Ideen bereichert hat.

Thilo Helms
Vorsitzender

Erfurt, 14. Juni 2016